



STADTVERORDNETENFRAKTION DARMSTADT

LAUTESCHLÄGERSTRASSE 38 64289 DARMSTADT
TELEFON: 0 61 51/6 14 30 TELEFAX: 0 61 51/6 14 01
E-MAIL: FRAKTION@GRUENE-DARMSTADT.DE

11.11.2010

A N T R A G

Überprüfung einer möglichen Kündigung der Patenschaft für das "Zentrum gegen Vertreibungen"

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für eine fundierte Entscheidung über eine mögliche Kündigung der Patenschaft der Stadt Darmstadt in der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" aus dem Jahre 2001 wird der Magistrat um Aufklärung folgender Fragen gebeten:

1. Welchen Einfluss, welche Mitwirkung an der Schwerpunktsetzung der Stiftungsarbeit hat die Patenschaft der Stadt Darmstadt?
2. Welche (aktuellen) Aktivitäten in der Stiftung rechtfertigen den Fortbestand der Patenschaft und damit die Unterstützung der Stiftung?
3. In welchem Verhältnis steht die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" zur Stiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung"? Macht letztere die eingegangene Patenschaft nicht entbehrlich?
4. Welche formalen Schritte sind für eine Kündigung der Patenschaft erforderlich?

Erst nach der Berichtsvorlage soll über die Kündigung entschieden werden.

Begründung :

Die Vertreibung aus der Heimat ist fürchterlich für die Betroffenen, und die Vertreibung Deutscher aus ehemaligen oder annektierten Ostgebieten ist Teil deutscher Geschichte.

Daher sind Ausstellungen und andere Initiativen, die das Schicksal der deutschen Vertriebenen darstellen wichtig - für geschichtlich interessierte Menschen und die von Vertreibung Betroffenen selbst. Gegen das "Zentrum gegen Vertreibungen" gab es aber von Beginn an auch Kritik:

- Die Vertreibung der Deutschen ist Ergebnis des von Deutschland verursachten 2. Weltkriegs mit dem Holocaust, dem größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Die Vertreibung der Deutschen zusammen mit anderen Vertreibungen zu behandeln, kann als Relativierung deutscher Verbrechen verstanden werden.
- Das Zentrum wurde vom Bund der Vertriebenen initiiert. Noch heute gibt es Tendenzen und Personen, die die Kriegsschuld relativieren, und die neuen Grenzen und Besitzverhältnisse nicht akzeptieren, die das Ergebnis des deutschen Angriffskrieges waren.

Auch in Darmstadt leben noch deutsche Vertriebene. Deshalb stellte sich 2001 die Frage nach einer Unterstützung des Zentrums hier wie in anderen Kommunen. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hatte sich nach kontroverser Diskussion für die Patenschaft Darmstadts für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ entschieden“.

Mittlerweile sind einige Jahre vergangen. Betrachtet man die aktuelle Entwicklung des Zentrums, so fällt eine nicht-positive Entwicklung auf:

- Die Vorsitzende des Zentrums Frau Steinbach äußert sich weiterhin zumindest missverständlich zur Kriegsschuld Deutschlands und sehr abfällig über den ehemaligen polnischen Außenminister Bartoszewski. Der Eindruck, der BdV relativiere die deutsche Kriegsschuld und sei rechtslastig, hat sich wieder verstärkt und färbt negativ auf das Zentrum ab.
- Das Zentrum stellt die Vertreibung der Deutschen in den Kontext von Vertreibungen anderswo auf der Welt und geht wenig auf die Ursachen ein: d.h. Deutschlands Angriffskrieg und Vernichtungspolitik.
- Die Aktivitäten sind zum Teil fragwürdig. Zwar wird alle zwei Jahre der Franz-Werfel-Menschenrechtspreis verliehen, daneben tritt jedoch eine starke Betonung des Unrechts das den Deutschen widerfahren ist. Die Homepage des „Zentrum gegen Vertreibungen“ www.z-g.v.de ist schlecht gepflegt (mit einem Klick auf ein Hauptmenü landet man bei einer beliebigen Internetwerbung), Mitarbeiter können keine Auskunft über die Bedeutung der Patenschaften geben.

Mittlerweile hat die Bundesregierung mit der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ die Initiative zum Aufbau einer Gedenkstätte in Berlin ergriffen. Es gilt zu überprüfen, ob damit nicht die Patenschaft für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ das vom Bund der Vertriebenen gesteuert wird, obsolet ist und gekündigt werden soll.

Ellen Schüßler
Iris Behr
(Stadtverordnete)

Brigitte Lindscheid
(Fraktionsvorsitzende)